

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: für die Feilzelle 0,40 Goldmark (Reklame 1,20 Goldmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Gegen die Vergiftung der öffentlichen Meinung

In der vorletzten Nummer machten wir Mitteilung von einer gemeinsamen Kundgebung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände. Darin wurden Vorkriegsarbeitszeit und Lohnbruch als notwendige Voraussetzungen des Preisabbaues hingestellt und daneben bewegliche Klage über die wachsenden Steuerlasten geführt.

Gegen diese Kundgebung wendet sich unser Deutscher Gewerkschaftsbund mit einer öffentlichen Erklärung, die zunächst Einspruch dagegen erhebt, daß sich beide Verbände als die berufene Vertretung der gesamten deutschen Industrie bezeichnen. Zur deutschen Industrie gehören gleichberechtigt auch die deutschen Arbeitnehmer, deren Meinung einzustellen unterlassen worden ist. Die Kundgebung der Arbeitgeberverbände ist deshalb nur eine einseitige und wie aus ihrem Inhalt hervorgeht, tendenziöse Darstellung. In ihrem Inhalt erklärt der Deutsche Gewerkschaftsbund folgendes:

Auch wir halten in Übereinstimmung mit der Kundgebung

unsere Steuergesetzgebung

für fehlerhaft, so lange sie so konstruiert ist, daß auch jede Beschäftigung auf den Preis und damit auf den letzten Verbraucher abgewälzt werden kann. Wir halten aber jede steuerliche Erleichterungspolitik so lange für falsch, als nicht gleichzeitig dafür gesorgt wird, daß sie sich in voller Höhe als Preislenkung beim letzten Verbraucher oder als Realloohnerhöhung auswirkt. Nach dem Erlaß des Reichsfinanzministers an die Präsidenten der Landesfinanzämter vom 11. November hat die erste Steuererleichterung vom September d. J. auf die Preise keinen Einfluß ausgeübt; sie hat auch auf die Löhne nur sehr ungenügend eingewirkt.

In dem Verlangen nach einer Vereinfachung der Steuergesetze und der Finanzverwaltung stimmen wir mit der Kundgebung überein, ebenso in der Forderung nach weiterer starker Ermäßigung der Umsatzsteuer, sofern die Auswirkung bis zur letzten Preisbildungsstelle gewährleistet wird.

Einig gehen wir weiter in dem Verlangen nach einer richtigen Veranlagung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Ebenso darin, daß die Vermögenssteuer nach ganz anderen, d. h. besseren Bewertungsgrundsätzen als gegenwärtig geltend, erhoben werden muß. Ebenso stimmen wir der Forderung nach einer Änderung des Finanzverhältnisses zwischen Reich, Staat und Gemeinden zu. Wir werden aber keine Steuerreform anerkennen, die nicht auch gleichzeitig den Lohnsteuerabzug regelt, daß unsere seit Jahren erhobene Forderung nach weitgehender Rücksichtnahme auf den Familienstand endlich verwirklicht wird.

Wir vermissen in der Kundgebung jeden Hinweis auf die

zu starke Belastung des Weges von der Produktionsstätte bis zum Verbraucher

- a) durch überflüssige Zwischeninstanzen,
- b) durch die Preispolitik der Kartelle,
- c) durch ungebührlich hohe Zinssätze und die der Wirtschaft abträgliche Politik der Banken.

Wir verlangen von der Gesetzgebung und Verwaltung, aber auch von den Spitzenverbänden des Unternehmens, daß sie sich für die Ausräumung dieser wirtlichen Produktionshemmnisse gemeinsam mit uns mit allem Nachdruck einsetzen. Die Industrielundgebung betont sehr stark die Notwendigkeit der Exportförderung. Wir verkennen nicht die Notwendigkeit der Ausfuhr, insbesondere von hochwertigen Arbeitserzeugnissen, stellen aber als mindestens gleich wichtig

die Bedeutung eines aufnahmefähigen Inlandmarktes

Als dessen Hauptträger mehr und mehr die wachsenden Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger werden. Wir halten weiter zur Gesundung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse eine erzieherisch wirkende Zollpolitik für erforderlich, die den Wettbewerb auch auf dem einheimischen Markt nicht unterbindet und zur stärksten Vertiefung des nach den eigenen Erklärungen vieler Wirtschaftsführer weitgehend vernachlässigten technischen Fortschrittes führt.

Neben der eben erwähnten höchsten Wirtschaftlichkeit der Betriebe ist zur Gesundung weiter notwendig, daß der Sozietätsgrund, am einzelnen Stück geringer Nutzen, dafür höchste Steigerung des Umsatzes, von allen Sektoren zum obersten Zweck erhoben wird.

Die Kundgebung hält eine Erhöhung des Realeinkommens der Arbeitnehmer nur durch Verbilligung der Produktionskosten und Preislenkung für möglich. Wir sind nicht dieser Ansicht, weil die Preise für Lebensmittel, die das Realeinkommen der Arbeitnehmer hauptsächlich beeinflussen, noch nicht die Weltmarktpreise erreicht haben und deshalb hier ein Preisabbau nicht zu gewärtigen ist. Der Preisabbau muß in erster Linie bei den Industrieprodukten einsetzen; hierdurch wird zugleich auch eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Erzeugnisse auf dem Weltmarkt herbeigeführt. Das Realeinkommen der Arbeitnehmer kann jetzt merkbar nur durch unmittelbare Lohn-erhöhungen gehoben werden, die allein schon durch die Verbilligungsmaßnahmen der Regierung für die Arbeitgeber wirtschaftlich tragbar gemacht worden sind.

Die Industrielundgebung hält jeden Versuch zur Preisherabsetzung für ergebnislos, wenn die Produktion durch eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit oder durch ein die Notwendigkeiten der deutschen Wirtschaft vertennendes Hinauftreiben der Löhne verteuert wird.

Wir stellen fest, daß eine schematische Verkürzung der Arbeitszeit von keiner Seite verlangt wird. Der Deutsche Gewerkschaftsbund betrachtet zwar nach wie vor den Achtstundentag als für ihn auch wirtschaftlich zu vertretendes Ziel, hat andererseits aber die Notwendigkeit von Ausnahmen niemals geleugnet. Allerdings dürfen diese Ausnahmen nicht einseitig festgesetzt, sondern müssen durch Verkürzung herbeigeführt werden. Die Arbeitszeit darf aber nicht gesundheitschädlich sein, wie das bei der Zwölfstundenschicht in der Schwerindustrie zweifellos der Fall ist. Ihre Beseitigung, die wir verlangen, liegt auch im rechtsverstandenen Interesse der Industrie selbst. Wir verwahren uns dagegen, daß das ganze deutsche Wirtschaftsproblem ausschließlich von der Länge der Arbeitszeit abhängig gemacht wird. Selbstverständlich ist die Arbeitszeit ein wichtiger Faktor, indessen wirken mindestens ebenso stark die vorerwähnten Produktionshemmnisse, deren Beseitigung in erster Linie Sache der Arbeitgeber selbst ist, von denen aber in ihrer Kundgebung nichts gesagt wird.

Ebenso bestreiten wir, daß der Lohn Hauptfaktor der Preisbildung ist. Auch hier verweisen wir auf die eingangs erwähnten sonstigen

Faktoren der Preisbildung.

Wir stimmen mit der Kundgebung überein im Willen nach einer Entwicklung, die produktionssteigernd und produktionsverbilligend wirkt, werfen ihr aber vor, daß sie lediglich ausspricht, was ihrer Meinung nach von Arbeitnehmerseite zu diesem Zweck geschehen müßte. Diese Teilunternehmung ist außerdem noch tendenziös, weil durch bewußt einseitige Darstellung der Anschein erweckt wird, als ob das Gesundheitsproblem der deutschen Wirtschaft nur von Arbeitnehmerseite zu lösen ist. Die Kundgebung verschweigt alle Notwendigkeiten, die vom Unternehmer her angewendet werden müssen. Sie gibt der nicht genau unterrichteten öffentlichen Meinung ein völlig falsches Bild durch die zu starke Betonung von Arbeitszeit und Lohn als ausschlaggebenden Preisbildungsfaktoren. Diese Politik verschärft den ohnehin viel zu starken Gegensatz. Sie ist kurzfristig und muß dazu führen, den wichtigsten Arbeitsfaktor,

den Willen und die Freude zur Arbeit, planmäßig zu untergraben.

Die Kundgebung wirkt deshalb nicht wirtschaftsfördernd, sondern wirtschafts- und volksfeindlich.

Nicht nur rechtlich, sondern auch grundsätzlich ist es falsch, das Gesundheitsproblem der deutschen Wirtschaft lediglich auf die Lohn- und Arbeitszeitformel zu bringen. Mit dieser rein mechanischen Auffassung kommen wir nicht weiter; die höchste Leistung dauernd zu erzielen, ist — soweit die Arbeitnehmerseite dabei in Frage kommt — auch ein weltliches Problem, das am wenigsten auf den gegenwärtigen Wegen des deutschen Unternehmens gelöst werden kann. Nur auf dem gewiß mühsamen, aber sicheren Weg einer positiven, auf wirklicher Gleichberechtigung beruhenden Arbeitsgemeinschaft, auch in allen ökonomisch-rechtlichen Verhältnissen der Wirtschaft, durch ernsthafte Frauengruppen und des Beschäftigtengedankens wird der jetzige Zustand erzielt werden, ohne den die Produktionskraft des deutschen Volkes ihren Höhepunkt nicht erreichen kann.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund ist gewillt, für eine wirkliche, allen Teilen nützende Neugestaltung unserer Volkswirtschaft seine ganze Kraft einzusetzen. Dazu gehört neben straffter gewerkschaftlicher Zusammenfassung verstärkter Einfluß in allen dafür in Betracht kommenden politischen Parteien.

Wir rufen die christlich-nationale Arbeitnehmerenschaft auf, an beiden Voraussetzungen mit ganzer Kraft mitzuwirken.

Organisationsfragen

Der Poliere und Schachtmeister

In der Nachkriegszeit ist der Streit um die Organisationszugehörigkeit der Poliere und Schachtmeister immer wieder von neuem aufgetaucht und bis heute noch nicht erledigt. Vor dieser Tatsache stehen wir im sozialdemokratischen Lager, aber auch bei uns steht es nicht besser, denn in neuester Zeit häufen sich die Fälle, daß der Deutsche Bergarbeiterbund (ÖBB) sich an unsere Mitglieder und Ortsgruppen herandrängt, um sie zum Uebertritt in den Bergarbeiterbund zu bewegen. Diese Vorgänge veranlassen uns, die Polierfrage nochmals kurz an dieser Stelle aufzurufen.

Der Deutsche Polierbund ist gegründet zu einer Zeit, als die gewerkschaftlichen Bauarbeiterorganisationen den Kampf um die Besserstellung der Bauarbeiterschaft schon längst mit Erfolg übernommen und indirekt auch die wirtschaftliche Lage der Poliere verbessert hatten, denn der erkämpfte Bauarbeitererfolg kam auch den Polieren zugute. Der Einwand des Polierbundes, die Bauarbeiterverbände hätten für die Poliere nichts getan, ist somit sehr absurd. Auch die Behauptung, den Bauarbeiterverbänden hätte nichts an der Organisation der Poliere gelegen, ist wahrheitswidrig; immer und überall haben sie die Poliere sehr gern in ihre Mitgliederreihen aufgenommen und immer und zu allen Zeiten, so lange es Bauarbeiterorganisationen gegeben hat, haben mehr oder weniger zahlreich auch Poliere ihnen als Mitglieder angehört, und wahrlich, es waren nicht die schlechtesten, sondern immer solche, die ihre wirtschaftliche Lage überschauten und manhaft genug waren, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Eines wollen wir zugeben: Die Bauarbeiterverbände sind nicht von Anfang an mit derselben Energie und mit denselben Mitteln an die Organisation der Poliere herangegangen, wie dieses das Gebot der Stunde bei der Organisation der Bauarbeiter war. Aber diese Tatsache beweist nichts weiter, als ein in sich bedingtes kluges Vorgehen der Bauarbeiterverbände. Hätten sie die Poliere genau so angefaßt wie die Arbeiter, sie wären dann wahrhaftig nicht in dem Tempo vorgebrungen, wie es geschehen ist. Die alten Gewerkschaftsagitatoren könnten manches von dem Widerstand erzählen, welcher ihnen von Polieren entgegengekehrt wurde, wenn sie nur an die Arbeiter heran wollten; wie würde erst der Widerstand ausgefallen haben, wenn man sie selbst hätte gewinnen wollen. Gewiß, es gab rühmliche Ausnahmen, aber die Fälle, wo der Polier den Agitator von der Baustelle verwies und wo er ihm die in solchen Fällen stets willige Polizei auf den Hals behakte, überwiegen bedeutend. Es ist somit erklärlich, wenn man den Polier zunächst zurückstellte und sich den größeren und organisationswilligeren Gruppen zuwandte.

Mit dem Zurückdrängen des Indifferentismus wuchert die gewerkschaftlichen Erfolge. Sie kamen auch dem Polier zugute, denn jeden erkämpften Pfennig Lohn-erhöhung erhielt nicht nur der Fach- und Hilfsarbeiter, sondern auch der Polier. Die aus Ueberzeugung oder Liebdienererei vorhandene Organisationsfeindschaft kam allmählich ins Wanken; man gab den Widerstand auf, ging aber nun nicht den einzig richtigen Weg, nämlich zur gewerkschaftlichen Organisation. Das hätte vielleicht der Arbeitgeber nicht gerne gesehen, also wählte man den Weg der geselligen Vereinsmeierei. Diese Vereinsgründungen wurden durch die Arbeitgeber gefördert; war man doch im Unternehmerlager von ihrer Ungefährlichkeit überzeugt. Durch die Zusammenfassung dieser Vereine entstand später der Polierbund, ein Gebilde ohne gewerkschaftlichen Charakter. Pflege der Geselligkeit, Hebung des Standesbewußtseins und Einführung einiger Unterhaltungsweige, das war Zweck und Ziel des Bundes, bis nach der Revolution ihm die reife Frucht des Tarifvertrages in den Schoß geworfen wurde. Nun allerdings wollte er gewerkschaftlichen Charakter annehmen und sich im gewerkschaftlichen Sinne betätigen. Was er seit dieser Zeit getan hat, ist nicht viel; er hat nur mit den Arbeitgebern über den prozentualen Zuschlag zum Gehaltelohn gefeilscht und gehandelt. Selbständige Löhne oder Gehälter zu erhandeln oder zu erkämpfen, hat er gar nicht versucht. Den Grundlohn zu schaffen hat er, bescheiden wie er nun einmal ist, immer den Bauarbeiterorganisationen überlassen, dabei aber immer wieder die an Verleumdung grenzende Behauptung auf-

gestellt, die Arbeiterorganisationen hätten noch nie etwas für die Poliere getan und könnten auch fernerhin nichts für sie tun.

Als der Bund angesichts der stetigen Revolution anfang bei Tage gewerkschaftlich zu träumen und bei Nacht das gewerkschaftliche A-B-C zu buchstabieren, folgte er natürlich dem damaligen Zuge der Zeit. Er streifte das bis dahin immer gezeigte Feigenblatt der Neutralität ab und legte sich den leuchtenden Purpur der Sozialdemokratie an. Als er sich damals der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften anschloß, haben wir nicht nur die auf christlich-nationalem Boden stehenden Poliere auf diesen Vorgang aufmerksam gemacht, wir sind ihnen auf das entschiedenste heigesprungen, um ihnen eine Organisationsmöglichkeit in unserem Lager zu verschaffen. Wir haben den aus diesem Vorgehen sich ergebenden Kampf mit dem Polierbund ausgefochten und eine stattliche Zahl von Mitgliedern in der von uns geschaffenen Reichsvereinerung der Poliere und Schachtmeister vereinigt. Damals bemühte sich weiter niemand um die christlichen Poliere, auch nicht der Deutsche Wertmeisterbund (Essen). Als es sich dann in der Folgezeit darum handelte, den Polierern ihren alten Wunsch auf gesellschaftliche Anerkennung der Angestellten-eigenschaft zu verwirklichen, da überließ man das Petitionieren, Mahnen und Drängen an den verschiedenen zuständigen Stellen wiederum uns. Der Deutsche Wertmeisterbund (Essen) regte sich auch dabei nicht.

Was wir auf diesem Gebiete für die Poliere taten, unternehmen wir aus Ueberzeugung und Pflichtbewußtsein. Wir erwarteten von den Polieren unserer Reichsvereinerung allerdings volle Würdigung und Anerkennung unseres Tuns dadurch, daß sie ihre sachgemäßen Verpflichtungen gern und freudig erfüllten, im besonderen die Verbandsbeiträge entsprechend der Höhe, wie sie die Facharbeiter zahlten, gern entrichteten würden. Die große Mehrzahl der Mitglieder hielt dieses für selbstverständlich, jedoch nicht alle. Einzelne Gruppen weigerten sich, den Beitrag in der Pflichthöhe zu entrichten, mit dem Vorgehen die Poliere bildeten in der Gewerkschaft eine niedrige Gefahrklasse, weil die Streikgefahr bei ihnen nicht in dem Maße wie bei den Arbeitergewerkschaftlern vorhanden sei. Die Tatsache, daß die Bauarbeiter auch ihnen erhöhte Entlohnung verschafft, nicht selten erreicht, fand keine Würdigung bei dieser Art von Gewerkschaftlern.

Trotz aller anderslautenden Behauptungen bleiben wir dabei, daß es nur die Beitragsfrage war, welche uns einige Gruppen entfremdete. Hätte damals der Wertmeisterbund (Essen) die Poliere nicht mit seinen viel mehrwertigen Beiträgen gelockt, dann wäre wahrlich keine Ursache zur Missbilligung gewesen. Denn, das hetoen wir nochmals, was die Poliere erreicht haben — Angestelltenverhältnis und Lohnhöhe —, ist kein Verdienst des Wertmeisterbundes; dahingegen ist es ein Verdienst mit attemmäßigem Material den Beweis für unsere erfolgreiche Tätigkeit zu erbringen. Wir rühmen uns unserer Arbeit auf diesem Gebiete nicht gern, wenn aber der Deutsche Wertmeisterbund in neuester Zeit dazu übergeht, sein Agitationsfeld in unsere Poliere- und Schachtmeistergruppen zu verlegen und dabei die vom Deutschen Polierbund geprägten Schlagworte: „die Bauarbeiterverbände haben noch nie etwas für die Poliere getan und können auch zukünftig für sie nichts tun“, gebraucht, dann können wir dieses nicht stillschweigend hinnehmen. Mag der Wertmeisterbund uns einmal offen sagen, was er für die Poliere getan hat und zukünftig tun kann. Vielleicht, daß er sagt, er habe einen Tarifvertrag abgeschlossen. Gewiß, er hat einen Tarifvertrag mitunterzeichnet, aber seine Mitarbeit an demselben ist gleich Null. Auch an dem Vertrage haben wir im Anfangs-

stadium der Verhandlungen wesentlich mitgearbeitet, jedenfalls mehr als der Wertmeisterbund. Wäre der Polierbund nicht im entscheidenden Augenblicke umgefallen, hätte er das mündlich und schriftlich gegebene Wort gehalten, dann läge der Deutsche Wertmeisterbund heute neben dem Vertrage; der Vertragsinhalt wäre aber jedenfalls ein anderer, als er es tatsächlich ist.

Sollte der Wertmeisterbund von seinen übelen Agitationspraktiken nicht ablassen, dann werden wir uns zukünftig noch des öfteren mit ihm zu befassen haben. Wir suchen nicht den Kampf im eigenen Lager, drängt man ihn uns aber auf, dann werden wir nicht ausweichen.

Lohnerhöhungen und Produktionssteigerung

Wenn man unseren Unternehmern glauben darf, dann sind Lohnerhöhungen gegenwärtig ein volkswirtschaftliches Unglück. Wenn schon solche eintreten sollten, dann müßten sie durch entsprechende Mehrleistungen ausgeglichen werden. Was dann praktisch gefordert wird, läuft fast stets nur auf das Mehrleistungen des Arbeitnehmers, vor allem auf eine Verlängerung der Arbeitszeit hinaus.

Demgegenüber weist Edm. Kleinschmidt in der „Industrie- und Handelszeitung“ der „Germania“ (Nr. 502), darauf hin, daß es sich bei der an sich zu bejahenden Notwendigkeit der Produktionssteigerung nicht allein um Leistungssteigerung des Arbeiters handelt, ja nicht einmal nur des Einzelbetriebes, sondern des ganzen volkswirtschaftlichen Produktionsapparates. „Gewiß kann das Gesamtergebnis durch größere Muskelanwendung, erhöhte Aufmerksamkeit und Eifer des Arbeitnehmers gesteigert werden. Was auf diese Weise zur Leistungssteigerung beigetragen werden kann, ist aber nur ein geringer Teil im Verhältnis zu dem, was der Unternehmer und der Wirtschaftspolitiker tun muß. Der Erfolg der Arbeitsleistung eines guten Arbeiters in einem schlecht organisierten Betriebe an einer rückständigen Maschine kann weit geringer sein, als der Leistungserfolg eines schlechteren Arbeiters in einem gut organisierten Betriebe und einer vollkommenen Maschine. In der heutigen Industriewirtschaft hängt der Leistungserfolg des Einzelbetriebes weit mehr von den Faktoren ab, für die der Unternehmer verantwortlich ist, als von denen, die der Arbeiter beeinflussen kann. Nicht zu vergessen, daß die persönliche Leistung des Arbeiters durch Betriebsdisziplin, gute Behandlung, richtig bemessene Arbeitszeit, guten Lohn und auch betriebstechnische Organisation sehr weitgehend beeinflusst werden kann, so daß sogar hier die Verantwortlichkeit für die Einzelleistung weitgehend dem Unternehmer obliegt, dem eben neben all den anderen schweren Pflichten eine hohe Erziehungsaufgabe an seinen Arbeitern gestellt ist.

Die volkswirtschaftliche Leistungssteigerung läßt sich aber auch im Einzelbetrieb noch nicht vollkommen lösen. Der Leistungserfolg des bestorganisierten Betriebes kann verubert werden, wenn eine zwischenbetriebliche volkswirtschaftliche Desorganisation vorliegt. Diese ist z. B. erkennbar an den sehr hohen Spannen zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen und an der Uebersetzung des Zwischenhandels und des Bankapparates mit viel zu vielen selbständigen Firmen.“

Kleinschmidt stellt die Frage nach den Mitteln, mit denen die hier vorgezeichneten drei Stufen der Leistungssteigerung, die volkswirtschaftliche, die betriebliche

und die des Arbeiters, erreicht werden können und nennt als solche: Zollabbau, Beseitigung von Kartellverbindungen und als wichtigstes Mittel Lohnerhöhungen. Zollabbau und Lohnerhöhungen seien gerade im Hinblick auf die ausländische Konkurrenz notwendig. Sie üben auf den Unternehmer den Zwang aus, die ihm volkswirtschaftlich anvertrauten Kapitalien und Arbeitskräfte mindestens ebenso rationell zu verwenden, wie das im Ausland geschieht. Die ausländische Konkurrenz zwingt zur höchsten Betriebsrationalisierung und zur relativ günstigsten Kapitalverwendung. Solange aber dabei noch die ausländischen Löhne der wichtigsten Konkurrenzländer 50 bis 100 Prozent über den deutschen liegen, kann der Zwang zur volkswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Leistungssteigerung bei uns nicht so groß werden wie im Auslande. Einwanderungsverbote, Heimaliebe, Geldmangel für Auswanderung und andere Schwierigkeiten verhindern (nationalpolitisch gesehen „Gott sei Dank“) auf diesem Gebiete eine eigentlich freie Wirtschaft, eine internationale Lohnkonkurrenz. Der Druck, der sonst durch Auswanderung und die dadurch verursachte Verminderung des Angebots von Arbeitskräften in der Richtung der Lohnerhöhung einsetzten würde, muß durch Einsicht der Schlichter, des Arbeitsministers, der Öffentlichkeit und durch moralischen und gewerkschaftlichen Druck ersetzt werden.“

So kann man dem Verfasser nur zustimmen, wenn er zum Schluß meint, in der relativ sehr großen Spanne, die bei uns besteht zwischen den künstlich überhöhten Preisen und den künstlich niedriggehaltenen Löhnen sei ein Schwerpunktgebiet entstanden, in dem bössartige Wuchergebilde in dumpfer Treibhausluft ein geiles Dasein führen. Er rührt an den Kern des Übels, wenn er fordert: „Unrationelle Technik, viel zu viel Handelsunternehmen, Ueberorganisation des Bank- und Kreditwesens, falsche Kapitalverwendung, schlechte Betriebsorganisation, Ueberwucherung des Verbandswesens, alle diese Krebsgeschäden müssen weggeschnitten werden, damit das Wichtigste, das Notwendigste eintritt: eine Leistungssteigerung der gesamten Volkswirtschaft durch alle drei Stufen hindurch. Dieses Ziel steht eigentlich in der Preisabbaupolitik verborgen. Es muß erkannt werden: darum Fenster auf im Operationsfeld, laßt die frische Luft der Konkurrenz herein, nehmt die eiserne Zange mit den beiden Geheln des Zollabbaues und der Lohnsteigerung und preßt diesem ungesunden Gebilde einer deutschen Volkswirtschaft die schädlichen und eitrigen Säfte aus.“

Allgemeine Rundschau

Ein gefährliches Spiel

„Wohin zielen eigentlich die deutschen Arbeitgeber mit dieser eifrigen Beeinflussung der Öffentlichkeit und der politischen Parteien?“ Der „Deutsche“ (Nr. 280) wirft diese Frage in einem Artikel mit der vorstehenden Ueberschrift auf. Er gibt den Unternehmern zu bedenken:

„Es mag ihnen mit ihrer durch sachliche Bedenken nicht belasteten Methode schließlich gelingen, einen Teil des Bürger- und Beamtenums davon zu überzeugen, daß die Gewerkschaften an allem Übel schuld sind und jeder Heilung widerstreben. Es mag sein, daß es ihnen durch ihre Pressenmacht gelingt, die Arbeitnehmer bei

Vom Werden des deutschen Staates

XV.

Die Kleinstadt- und Plattschicht in unserer deutschen Heimat gehörte der Vergangenheit an, das neue Deutsche Reich war eine europäische Großmacht ersten Ranges geworden und stand bereit, in die große Weltpolitik einzutreten. Als jüngste europäische Großbildung hatte es da naturgemäß mit ungewöhnlich vielen Schwierigkeiten zu rechnen, und eine „falsche Reichsstellung“ konnte ihm da auf seinem Fahrt in die Welt leicht verhängnisvoll werden.

Sobald der erste Kanzler am Steuer des Staatsschiffes stand, ging die Fahrt mit wehenden Flaggen zwischen den Klippen solch vorwärts. Er war, wie sich uns zeigt, nicht nur der „eiserne Kanzler“, der „Mann von Blut und Eisen“, sondern vielmehr noch ein ungewöhnlich geschickter, hingebender und erfolgreicher Diplomat. Mit unerschütterlicher Geduld und jedem Auge auf das Wohl des Vaterlandes hatte er immer mehrere Eisen im Feuer, spielte mit verschiedenen Mächten zu gleicher Zeit und führte eine Entscheidung herbei in dem Augenblick, wo der größte Vorteil herauszuspähen war. Demnach ist es kein Wunder, daß dieser Meister die politischen Schwierigkeiten so groß, daß er glaubte, sich auf den europäischen Festland beschränken zu müssen, und er nur widerstrebend und sehr zögernd endlich 1863 den ersten Fuß in die Nationalpolitik setzte, gedrängt von Handel und Industrie, während die übrigen Mächte die Feste der Welt immer sich anstrebten. Dieser Gedanke des Rückliegenden hätte auch noch eine große Rolle, als man nach Bismarcks Abgang für Helgoland recht wertvolle überseeische Beziehungen beschloß.

Die außerordentlichen Hauptschwierigkeiten waren doppelter Art. Einmal lagen all die alten Mächte mit einer gewissen Mißgunst auf die neue starke Fiktion im Weltmarkt; vor allem aber war für lange Zeit eine große Krücke in die Staatswelt durch die drei deutschen Kreise getragen worden. Ueberall konnte man die folgende Frage hören: „Mit wem wird Bismarck jetzt Krieg aufnehmen?“ Und doch war Bismarck weiter als

irgend jemand davon entfernt, noch einen neuen Krieg anzufangen, da er sein Ziel erreicht hatte und Deutschland „gesättigt war“. Aber es hielt schwer, von dieser Friedensliebe zu überzeugen, zumal natürlich Frankreich, das seine erlittene Ehrenkränkung nie verwunden konnte, überall in das Horn der Uarube stieß.

Der Kanzler aber ging mit rüstigem Mute sofort ans Werk, das neue Reich mit gehörigem Gewicht in die große europäische Welt zu verpflanzen. 1879 schloß er das Schutz- und Trugbündnis mit Oesterreich, 1883 folgte der Dreibund mit Italien, der damals auf sehr solider Grundlage ruhte. Hierdurch war eine mitteleuropäische Macht aufgerichtet, die lebhaft überall an den alten Glanz und die Kraft des mittelalterlichen Kaisertums erinnerte. Dazu trat noch 1884 der Rüsticherungsvertrag mit Rußland, durch den das Reich zur Neutralität im Falle eines österreichischen Angriffes auf Rußland, dieses zu Gleichem im Falle eines französischen Angriffes verpflichtet wurde. Sogar die Beziehungen zu Frankreich wurden, wenn nicht freundschaftlich, so doch ganz erheblich gebessert dadurch, daß Bismarck es auf die Kolonialpolitik hinarbeitete und ihm darin als uninteressiert fast Bundesgenosse wurde. Es folgten die großen französischen Eroberungen in Afrika. Welchen Ansehens sich das neue Reich dank Bismarcks Geschick und seiner eigenen Kraft bald erfreute, ersieht man daraus, daß zwei große Konferenzen nach Berlin einberufen wurden: 1878 der große Kongreß nach den russischen Balkanwirren, und 1885 die Vongokongferenz zur Regelung europäischer Kolonialfragen.

Ein jäher Wendepunkt in dieser glücklichen Augenpolitik trat 1890 mit dem Abgang des greisen Kanzlers ein. Es war bitterer Unsegen, den der alte Kämpfer von seinem jungen Herrn und fünf Jahre später auch vom deutschen Volk empfing, als dessen Vertretung im Reichstage dem ersten Kanzler den Glückwunsch zum 80. Geburtstag verweigerte, 1890 erfolgte jene unglückliche und unheilvolle Reichsstellung, von der wir eingangs gesprochen haben. Die deutsche Politik wurde demzufolge zunächst, schwanend und äherte zur Katastrophe hin, zunächst wurde der Rüsticherungsvertrag nicht wieder erneuert. Dadurch wurde Rußland für ein Bündnis mit Frankreich frei, Frankreich wiederum drängte dazu, denn der neue Kanzler Caprivi hatte ahnungslos die kolonialen

Verflechtungen gelöst und somit Frankreich die Hände frei gemacht. Große Erbitterung aber wurde zweifelslos durch die deutschen Ungeschicklichkeiten in Tanger und Marokko 1911 erzeugt, die zur europäischen Krise führten.

Eine wesentliche Verschlechterung setzte auch bald in den Beziehungen zu England ein, das mit mißtrauischen Augen längt die Entwicklung des deutschen Handels und der starken Seemacht überwachte. Bismarck hatte es sich gewogen gehalten, jetzt änderte man verschiedene Mal die Politik gegen es (Krüger-Depeßel), und damit ging England zu den Deutschgegnern über. Hierdurch wiederum wurde notwendig Italiens Zugehörigkeit zum Dreibund in Frage gestellt, denn seine langen Rippen lagen offen im Bereich der englischen Kanonen. So haben sich nach des Meisters Bismarck Abgang die Konstellationen ergeben, die den Weltkrieg und seine Katastrophä bedingten.

Man hat versucht, — und in beschränktem Maße ist es richtig — auch Bismarck eine Schuld an dieser Entwicklung zu geben. Er, der große Meister, hätte daran denken müssen, daß er nicht ewig am Leben und am Ruher bleiben könne, und hätte infolgedessen sich eine diplomatische Schule für Nachfolger und Nachwuchs bilden lassen. Wäre das geschehen, so hätte 1890 nicht ein General, dessen höchste Fähigkeit der Gehorsam gegen seinen Herrn war, den Kanzlerposten zu übernehmen brauchen. Aber konnte der Kaiser, wenn er schon Bismarck verabschiedete, wirklich keinen fähigeren Mann und Diplomaten im weiten Reich finden? Auch das Fehlen von Männern gehört zu den notwendigen Fähigkeiten eines Herrschers, und Wilhelm I. hat sie in hervorragendem Maße besessen.

In enger Wechselwirkung mit der Außenpolitik, teils als Ursache, teils als Wirkung, stehen die innerpolitischen Ereignisse der Zeit. Der erste Reichstag gab die Siegerstimmung wieder. Die Regierung hatte eine sichere Mehrheit, zu ihren Gegnern waren außer zwei Sozialdemokraten und ein paar Fortschrittler nur die Zentrumskräfte zu rechnen, denn gar sehr bald entbrannte der Kulturkampf. Seine Ursachen sind in zwei Wurzeln zu suchen: in den unberechtigten Ansprüchen des Staates in kirchlichen Angelegenheiten, und ferner aber auch in der Stimmung des Zentrums, das sich mit dem neuen

ihrem Kampf um bessere Lebensbedingungen der gerechten Würdigung durch die nicht unmittelbar beteiligte Öffentlichkeit zu berauben. Über glauben die deutschen Arbeitgeber, daß sich das alles niemals rächen wird? Ueberlegen sie sich nur die Wirkung ihrer Kundgebungen auf die sogenannte öffentliche Meinung und nicht auch die Wirkung auf die Arbeitnehmer selbst? Wollen sie bewußt den Radikalismus verstärken? Wollen sie durch ihre starre Ablehnung des sozialpolitischen Willens der Gewerkschaften für die sozialistischen Parteien Propaganda machen? ... Was wir völlig vermissen, ist der Wille, das soziale Leben auch aus anderen als rein mechanisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen; ja, wir vermissen sogar eine wirtschaftliche Auffassung, die einigermaßen über die Tagesinteressen hinausweist. Was auf die Dauer vorteilhafter ist, größere und leichtere Gewinne im Augenblick durch Wohlstand und sozialen Rückschritt, oder eine zufriedene, leistungswillige Arbeitnehmerschaft, sollte sogar für den, der nur privatwirtschaftlich denkt, keine offene Frage sein!

Der bemerkenswerte Artikel des „Deutschen“ schließt: „Daß nicht die Meinung entsteht, die deutschen Arbeitgeber seien die Wirtschaft und ihre Meinungen seien das wirtschaftliche Schlüsselprogramm, dafür ist durch die christlich-nationalen Arbeitnehmer in der Presse und in den Parteien unter allen Umständen zu sorgen.“

Die übersteigerte Lohnsteuer

Wie wir in der letzten Nummer mitteilten, hat sich unser Deutscher Gewerkschaftsbund mit neuen Steuerreformvorschlägen an die Regierung gewandt, die vor allem eine weitere Ermäßigung des Lohnsteuerabzuges vorsehen. Die Begründung geht von dem Hinweis aus, daß die auf dem Verordnungswege durchgeführten Steueränderungen von der immer sichtbar werdenden Tatsache ausgingen, daß die vorgehenden Einnahmen durch das Auskommen an Steuern und Abgaben wesentlich überschritten worden sind. „Insbesondere hat die Lohnsteuer wesentlich mehr erbracht, als aus dieser Quelle erwartet werden durfte. In den ersten sieben Monaten des Etatsjahres hat die Lohnsteuer nicht weniger als 53 Proz. der im Vorschlage erwarteten Gesamtsumme aus Einkommensteuer überhaupt ausgebracht, woraus sich ihre Übersteigerung überzeugend ergibt. Die in der zweiten Verordnung über Steuerermäßigungen vorgesehene Erleichterung der Lohnsteuer halten wir mit Rücksicht auf die sonstige schwere Belastung, die sich im Zusammenhang mit dem bei weitem noch nicht erreichten Realeinkommen der Vorkriegszeit besonders drückend auswirkt, noch nicht für genügend. Insbesondere gilt das für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die von ihrem Einkommen Kinder- und sonstige unterhaltungsberichtigte Familienangehörige in größerer Zahl versorgen müssen. Zu deren Gunsten haben wir den Vorschlag gemacht, Lohn- und Gehaltsbezieher von der Lohnsteuer zu befreien, wenn sie nachweislich vier oder mehr Kinder zu unterhalten haben. Dabei haben wir uns auch von der Erwägung leiten lassen, daß Verfahren für den Arbeitgeber sowohl wie auch für die Finanzbehörde nach Möglichkeit zu erleichtern. Maßgeblicher Gesichtspunkt ist und bleibt die vom Deutschen Gewerkschaftsbund seit Jahren immer wieder erhobene Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Gesichtspunkte, die wir unter dem Namen Familienpolitik zusammenfassen. Es wird keiner Beweisführung bedürfen, daß unser ganzes Steuersystem so lange mindestens, wie auch direkte Steuern auf die Preise abgewälzt werden können, mit viel zu starkem Gewicht auf den Schultern der Mehrheit

Reiche als dem minderen Gute erst abfinden mußte, da es immer auf eins mit der süddeutschen katholischen Vormacht (Österreich) gerechnet hatte. Es wird immer ein höchst interessantes innenpolitisches Problem bleiben, zu beobachten, wie die Stellung des Zentrums sich gewandelt hat. Anfangs Gegnerin der Regierung, gewann es allmählich durch Sozial- und Kolonialpolitik Interesse und wurde mitarbeitend, bis es im Anfang dieses Jahrhunderts zur vielmehr vornehmen, ausschlaggebenden Partei wurde. Nach der Revolution ist ihm gar die außenpolitische Führung zugefallen.

Durch das Geld, das der siegreiche Krieg in das Land brachte, und die gehobene Siegerstimmung wurde ein ungeheurer Aufschwung der deutschen Industrie, die noch in den ersten Anfängen steckte, hervorgerufen. Die Gründerzeit mit ihren befallenen Wertungen Folgeerscheinungen begann: Herrschaft der Maschinen, Jagd nach dem Reichtum, Sieg des Kapitalismus und Materialismus, geistige und kulturelle Verödung. Die gequälten und ausgebeuteten Menschen, in den Industriezentren entworfen, fielen der Sozialdemokratie in die Arme. Die Sozialgesetzgebung, an sich sehr verdienstvoll, und die Ausnahmegeetze gegen die Sozialisten hemmten kaum die unheimliche Raschheit, mit der die Sozialdemokraten zunahmen, die ihre zwei Reichstagsitze in 30 Jahren auf über hundert brachten. Immerhin gab die Industrie und der dadurch geförderte Handel allen der anschwelenden Bevölkerung zu leben, und alle waren allmählich doch vom Reichsgedanken durchdrungen. Das ersieht man daraus, daß damals zum ersten Male die Auswanderung, durch die im 19. Jahrhundert Deutschland mehr als sechs Millionen verloren gegangen waren, nicht nur ins Stocken gerät, sondern sogar durch die Einwanderung überwogen wurde. Das ist ein Bild, das noch nach Bismarcks Sturz.

Um so unglücklicher aber waren die Maßnahmen, die man gegenüber der fremdsprachigen Bevölkerung in Polen, Oberschlesien und Lothringen, auch Elsaß, ergriff. Eine Säbelpolitik hat niemals freudige Erwähnung gezeigt, und nur so ist es möglich geworden, daß die Postkammer nach dem Weltkrieg tatsächlich vielen in diesen Gebieten als Befreiung erschien.

Georg Rawatnik

Am 13. Dezember 1924 ist der fünfzigste Wochenbeitrag für das Jahr 1924 fällig.

des Volkes lastet, die vom Arbeitseinkommen lebt. Diese Belastung steigt im einzelnen Haushalt mit der Zahl der zu unterhaltenden Angehörigen. Sie wirkt proportional, wenn etwa geringes Einkommen und große Kinderzahl zusammenfallen. Nachdem es nicht möglich gewesen ist, bei der Hauszinssteuer eine Berücksichtigung des Familienstandes durchzuführen, müssen wir mit allem Nachdruck darauf beharren, daß diesem Gesichtspunkt bei der direkten Steuerbelastung weit mehr als bisher Rechnung getragen wird.“

Technische Rückständigkeit oder nicht?

Die technische Rückständigkeit unserer Betriebe ist bei den Arbeitszeitdebatten von den Gewerkschaften stets behauptet, von den Unternehmern aber immer heftig abgestritten worden. In der von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände herausgegebenen Arbeitszeitbrochure wird diese Behauptung der Gewerkschaften sogar als „durchaus falsch“ bezeichnet. Nun schreibt aber Herr Dr. Klöner in dem hier schon besprochenen Artikel „Wirtschaft“ in Nr. 495 der „Berliner Börsenzeitung“:

„... Die Gewerkschaften geben vor zu glauben, daß die notwendige Vermehrung und Verbilligung der Gütererzeugung auch auf dem Wege der technischen und organisatorischen Verbesserung zu erzielen wären. Sie vergessen dabei, daß Krieg und Inflation den Ausbau der Werke und ihre technische Verbesserung um Jahre zurückgeworfen haben. Sie vergessen, daß die Kaufkraft des deutschen Volkes durch die Inflation schlechthin vernichtet worden ist. Sie wollen nicht wissen, daß die deutsche Industrie, von seltenen Ausnahmen abgesehen, z. B. von der amerikanischen, turmhoch überflügelt worden ist.“

In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“, Nr. 37 vom 14. 9. 1924 heißt es in einem Artikel „Was der deutschen Wirtschaft not tut“:

„... Darüber werden alle einseitigen Fachleute sich einig sein, daß es mit den heutigen und überalterten Arbeitsmethoden in der deutschen Industrie einfach nicht mehr weiter geht.“

Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schreibt in Nr. 179 vom 1. 8. 1924 in einem Aufsatz „Zur Frage des Preisabbaues“:

„... Die Inflationszeit züchtete einen Expansionsdrang in bisher nie gekannter Weise, aber in demselben Maße wie die äußere Entwicklung zunahm, verloren unsere Unternehmungen soviel an inneren Werten, an den Begriffen moderner Betriebsführungen, daß es heute Arbeit erfordert wird, den Vorsprung, den das industrielle Ausland gewonnen hat, wieder einzuholen.“

Wer hat nun recht, die Unternehmer, die den technischen Rückstand bestreiten, oder jene, die ihn zugeben? Nach unserer Ueberzeugung die letzteren. Eigentlich sollte es eine reine Tatsachenfrage sein. Von den Unternehmern wird sie dagegen, und das ist wohl die Erklärung für die vorstehenden Widersprüche, je nach der taktischen Zweckmäßigkeit verschieden beantwortet. Der Zweck der Uebung ist aber stets der gleiche: Die Schuld, daß wir nicht konkurrenzfähig sind, soll einzig und allein den Arbeitnehmern aufgebürdet werden und damit zugleich die alleinige Tragung der sich aus dem Londoner Pakt ergebenden Lasten.

Umsatzsteuer und Lebensmittelsteuer

Zu den preisverherrlichenden Faktoren gehört mit in erster Linie die Umsatzsteuer. Bei den Waren, die vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt häufig umgeschlagen werden müssen, macht sie im Endpreis nicht selten 8-10 Proz. aus. Das ist z. B. bei Fleisch und Brot der Fall. Nun hat die Regierung seit dem 1. Oktober bereits zweimal eine Herabsetzung der Umsatzsteuer vorgenommen; statt vorher 2 1/2 Prozent beträgt sie heute nur noch 1 1/2 Prozent. Der letzte Verbraucher hat aber von diesen Ermäßigungen so gut wie nichts gemerkt. Erzeuger und Händler haben den Steueranfall als willkommenen Zusatzgewinn in ihre Taschen fließen lassen.

Unser Deutscher Gewerkschaftsbund hat deshalb von der Regierung gefordert, sie solle die Umsatzsteuer für Mehl, Kartoffeln und Fleisch ganz beiseite lassen. Er macht aber auf eine unentbehrliche Voraussetzung aufmerksam: „Es darf nicht, wie bei der ersten Erleichterung der Umsatzsteuer um 1/2 vom Hundert, die dadurch geschaffene Ermäßigung auf dem Wege vom Erzeuger zum Verbraucher irgendwo hängen bleiben. Es ist nicht Zweck unseres Vorschlages, für irgendeine Stelle im Erzeugungs- oder Verteilungsprozess einen größeren Gewinn herbeizuführen. Die Minderung der Reichseinkommen durch die von uns geforderten durchgreifenden Maßnahmen ist auch nach unserer Auffassung nur dann vertretbar, wenn sie sich wirklich reißlos im letzten Preis auswirkt. Zur Einsicht der Erzeuger und Händler haben wir nach den bisherigen Erfahrungen im ganzen gesehen kein Vertrauen; wirtschaftliche Kurzsichtigkeit und Egoismus der beteiligten Parteien sind zu groß. Darum verlangen wir durchgreifende Maßnahmen, die uns insbesondere in den Ländern, die im Besitz der Exekutive sind, notwendig erscheinen.“

Zu den durchgreifenden Maßnahmen gehört auch die Mitwirkung der Gewerkschaften und der großen Verbraucherorganisationen. Auch diese Forderung ist in der Eingabe des D. G. B. enthalten.

Tarifbewegung

Der Reichstarifvertrag für das Dachdecker-gewerbe für allgemein verbindlich erklärt!

Vom Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung (Tarifabteilung) ging uns unter Nr. IV 313/275 vom 28. November 1924 folgendes Schriftstück zu:

Entscheidung!

Die nachstehende tarifliche Vereinbarung wird für den angegebenen Geltungsbereich gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 in der Fassung des Gesetzes vom 23. Januar 1923 (Reichsgesetzbl. S. 67) für allgemein verbindlich erklärt.

1. Vertragsparteien:
 - a) auf Arbeitgeberseite: Innungsverband „Bund deutscher Dachdecker-Innungen“, Berlin;
 - b) auf Arbeitnehmerseite: Zentralverband der Dachdecker Deutschlands, Frankfurt am Main; Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands, Berlin.
2. Abgeschlossen am 24. Juli 1924 (Reichstarifvertrag).
3. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Arbeitnehmer im Dachdecker-gewerbe ausschließlich der Betriebe der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich auch auf gelehrte Dachdecker in den Dachdeckungsbetrieben der Pappindustrie, die überwiegend mit Dachdeckungsarbeiten beschäftigt werden.
4. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gebiet des Deutschen Reichs.
5. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die §§ 11-13 des Tarifvertrages.
6. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit Wirkung vom 15. August 1924.

In Vertretung: gez. Meyer.

Eingetragen am 1. 12. 1924 auf Blatt 7322 Iff. Nr. 6 des Tarifregisters.

Der Registerführer: gez. Sprengel.

Aus dem Verbandsleben

Nebenarbeit

Daß die Gewerkschaftsfunktionäre sehr oft Mädchen für alles sein müssen, ist zur Genüge bekannt. Ihre Arbeit ist Dienst am Volke, deren Notwendigkeit leider manchmal auch von den Mitgliedern verkannt wird.

Im Nachstehenden soll ein kleiner Vorfall beweisen, welche Arbeit erforderlich ist, um einem einzelnen zu helfen, der infolge des hohen Alters auf sich selbst angewiesen ist. Nachdem er überall abgewiesen, führt ihn der Weg zum Gewerkschaftsbüro. Es war im Juni dieses Jahres, als ein altes Männchen von etwa 80 Jahren sich ins Büro schleppt und sein Leid klagt. Früher Maurer, gibt er an, Mitglied unseres Verbandes gewesen zu sein. Auf die Frage, ob sein Sohn im anderen Lager sei, antwortet er mit Ja. So wenig wie er je einem gewerkschaftlichen Wege gefolgt ist, hat er sich auch seiner im Alter angenommen. Er ist von 1907 bis 1921 beim Artillerie-Depot beschäftigt gewesen. Bei der Auflösung sagte der Herr Major ihm zu, daß er eine Rente erhalten soll. Jahre vergehen, ohne daß irgend etwas geschieht. Die Rente wird immer größer. „Ich möchte auch eine Unterstützung haben, wie sie ein Teil meiner Mitarbeiter bekommt“, dieser Gebante läßt den alten Mann nicht los. Selbstverständlich wurde die Hilfe unsererseits sofort zugesagt, nur sollte der Erfolg recht lange auf sich warten lassen. Seine Arbeitsstelle war abgebaut, damit auch die Personen verschwinden, die notwendig waren, um die erforderlichen Unterlagen zu bekommen. Auf die verschiedensten telephonischen Anfragen erfolgte immer prompt die Antwort: „Nicht zuständig.“ Kurz entschlossen wurde ein Antrag an das Reichswehrministerium (Abt. Heereswaffenamt) gestellt. Von da erfolgte Mitteilung, daß die Sache an das Reichsarbeitsministerium weitergeleitet sei; von diesem wurde die Angelegenheit zur Prüfung an die Hilfsstelle für Arbeiter- und Angestelltenunterstützung in Spandau weitergegeben. Heißtrotz, nun endlich die zuständige Stelle gefunden zu haben, erfolgte zunächst die Rückfrage, ob B. Uebergangsgebühren erhalten habe. Als dieses bejaht wurde, sollte die Ablehnung erfolgen, da in diesem Falle eine Unterstützung nicht in Frage käme, jedoch wurde bemerkt, falls von dem dienftuenden Offizier eine eidesstattliche Erklärung beigebracht würde, daß B. beim Empfang der Uebergangsgebühren nicht auf die Folgen aufmerksam gemacht sei, könne eine weitere Prüfung erfolgen. Die Erlangung dieser Erklärung schien fast unmöglich zu sein; denn es war ja alles abgebaut, und als glücklich einer der Herren nach mühevoller Suche in seinem neuen Wirkungskreis entdeckt war, lehnte dieser die Beschäftigung mit Rücksicht auf die für ihn entstehenden Folgen ab. Es bedurfte eindringlicher Ueberredungskunst und der Bitte, dem alten Mann zu helfen, um zu dieser ausschlaggebenden Beschäftigung zu kommen. Schon glaubte man am Ziel zu sein, da traf der Fragebogen ein, ob B. verheiratet war und noch sei, ob Kinder vorhanden, wieviel, wie alt und in welchen Verhältnissen diese leben usw. Als auch dieses erledigt war, wurde der Rentenbescheid für die Invalidentente eingefordert. Dann aber drohte die ganze Arbeit nochmals

zu scheitern, weil nunmehr eine amtliche Arbeitsbescheinigung über die Dauer der Beschäftigung beigegeben werden mußte. Die ganzen Vorgänge waren nach Sprachbau gefandt, die Stelle war ausgelöst, und trotzdem verlangte man die Bescheinigung. Wege und Bitten waren erforderlich, um auch diese zu beschaffen. Mittlerweile waren drei Monate verstrichen, in denen von uns wiederholt gemahnt wurde, die Angelegenheit zu beschleunigen, andernfalls Gefahr bestände, daß der alte Herr das Bettliche schon vorher legte. Mitte November kam dann endlich der Unterstützungsbefcheid auf Widerruf (falls der 20-jährige nochmals eine Beschäftigung aufnehme), lautend auf den fälligen Betrag von monatlich 23,50 M., abzüglich 4 M., der als Zuschuß des Reiches zur Invalidenversicherung gezahlt werde. Am 18. November ist dann die erste Zahlung für die Monate Oktober und November angewiesen worden. Wir hatten also zuviel erwartet, wenn wir annahmen, daß zum wenigsten vom Monat der Antragstellung ab gezahlt worden wäre, was keineswegs unbillig erschien, da W. schon durch die Auflösung der Stelle für drei Jahre nichts bekommen hatte.

Dieser Vorgang beweist wohl zur Genüge, welche Anspannung von Arbeit erforderlich ist, wenn für den einfachen Mann etwas herausgeholt werden soll. Eine einigermaßen ausreichende Sicherung des Arbeiters im hilflosen Alter ist ohne starke Organisationen nicht möglich. Das sollte die Arbeiterschaft beherzigen. — m.

Subelfeier in Mörz

Am Sonnabend, den 15. November, fand in den Räumen des christl. Gewerkschaftshauses in Mörz die 20-jährige Subelfeier unseres Verbandes, verbunden mit der 20-jährigen Gründungsfeier der Verwaltungsstelle Mörz, statt. Kollege Peil als Leiter der Verwaltungsstelle eröffnete die Feier. Nach Begrüßung der erschienenen Gäste gedachte er der Mitbegründer der Verwaltungsstelle und ihres ersten Angehörigen, des im Kriege gefallenen Kollegen Schneider, sowie aller anderen Kollegen, die ihr Leben auf dem Schlachtfelde lassen mußten. Aber auch der übrigen Kollegen, welche seit der Gründung der Verwaltungsstelle im Vordergrund der Verbandarbeit gestanden haben und noch stehen, wurde dankbar gedacht, besonders des Kollegen Reichardt in Pomberg, der bereits seit Bestehen des Verbandes die Kassengeschäfte neben der Hausführung zur vollsten Zufriedenheit führt, und weiter des Kollegen Scheidelhut in Lintfort, welcher ebenfalls seit 20 Jahren seine ganze Kraft in den Dienst der Organisation gestellt hat. Ihre aufopfernde Tätigkeit wolle uns ein Ansporn sein, das Errungene weiter auszubauen. Die Festrede hielt, in Verbindung des Bezirksleiters Koch, der Vorsitzende des Kreisverbandes, Kollege Thamm. Er bezeichnete den Verband als mächtigen Akt am Bande des Kartells und dankte für die rege Mitarbeit, die das Kartell aus den Kreisen der Bauarbeiter jederzeit erfahren habe. Besonderen Dank gebühre Herrn Peil, der als Leiter der Verwaltungsstelle der christl. Bauarbeiter stets im Interesse des Ganzen tätig war und unter persönlichen Opfern denselben durch die Kriegszeit hindurchleitete. Redner schloß dann die Gründe, die zur Gründung der Gewerkschaften überhaupt und insbesonders zur Gründung der christl. Gewerkschaften den Anlaß gaben. Der Arbeiter bürste sich als Mensch gegen die den Siegeszug der Technik und des wirtschaftlichen Fortschrittes begleitenden Schatten der Verleumdung der Seele und des inneren Menschen auf. Der materialistische Zeitgeist hielt seinen Einzug. Die Unterdrückung der Arbeiter setzte in rasendem Tempo ein. Der einzelne war dagegen machtlos. Gemäß dem schonen Worte: „Leicht ist die schwache Kraft des einzelnen gebrochen, bereite Kräfte kann man niemals unterjochen“, schlossen sich die Arbeiter in Gewerkschaften zusammen. Die ersten christl. Dutzender Gewerkschaften, die wir im Dange werbe heute sei Dank nicht kennen, blieben bis auf den heutigen Tag bedeutungslos. Die dann entstandenen „freien“ Gewerkschaften hätten eine geehrte deutsche Gewerkschaftsbewegung werden können, wenn sie politische und religiöse Neutralität gewahrt und sich nicht zum christentumsfeindlichen Sozialismus bekannt hätten. Der kapitalistische Materialismus kann nie mit einem sozialistischen Materialismus bekämpft werden. Nur die Durchführung christlicher Grundsätze im Wirtschaftsleben, die sich verkörpern im Gebot der Nächstenliebe, sind für die Schaffung einer besseren Zukunft geeignet. Genau so, wie das Christentum es gewesen ist, welches vor vielen Jahrhunderten die Sklaven von ihrem Joch durch die Lehre der Nächstenliebe und Menschenwürde befreite, nachdem es einen revolutionären Spartakus trotz harter Kämpfe nicht gelungen war, genau so wird auch in unserer heutigen Zeit erst wieder christliches Rollen und Handeln in den Herzen Platz greifen müssen, um die Menschheit in Liebe und gegenseitiger Achtung näher zu bringen. Betretung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter nach christl. Grundsätzen und Durchführung derselben im Wirtschaftsleben ist Aufgabe der christlichen Gewerkschaften. Die Arbeiterschaft muß organisch ins Volk, Staats- und Wirtschaftsleben hineinwachsen. Redner wies nach, wie die christlichen Gewerkschaften diesen Weg mit Erfolg beschritten haben. Im einzelnen bezog er die Aufgaben der nächsten Zukunft. Gewinnung und Ausklärung der Jugend ist notwendig. Die heutige Jugend ist durch die Verhältnisse gezwungen, ihre Ueberzeugung im öffentlichen Leben zu verdrängen und sich zu betätigen. Wir müssen ihren Entzweiung in bezug Interesse der Bewegung helfen. Auch die Frauen müssen für die Gewerkschaftsbewegung interessiert werden. Als Finanzminister im Hause der Familie darf es ihnen nicht gleichgültig sein, ob die Höhe ausreicht sind oder nicht. Sie müssen Verständnis dafür zeigen, wenn der Mann im Interesse der Bewegung seine freie Zeit oder auch mal den freien Sonntag opfern muß. Den Gründern der Bewegung

war kein Opfer zu groß, sie scheuten keine Mühe, wenn es galt, für die Freiheit und Ehre ihres Standes einzutreten. Nach ihrem Vorbild in Treue und Liebe an die Arbeit zu gehen und für die weitere Stärkung des Verbandes in den nächsten 25 Jahren zu sorgen, soll unser heutiges Gelübnis sein.

Reicher Beifall lohnte die Ausführungen des Redners. Der Bezirksleiter des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter, Kollege Armbrust, überbrachte im Namen seiner Organisation uns die besten Glückwünsche. Die straffe Organisation der Bauarbeiter, so betonte er, sei Vorbildlich für alle Verbände. Kollege Becker sprach als Mitbegründer unseres Verbandes. Er erinnerte an die Kämpfe und Mühen der alten Kollegen und spornte die Jugend zu eifriger Mitarbeit an. Auch der Vorsitzende der Verwaltungsstelle, Kollege Teschner, dankte den Kollegen, welche zu den Erfolgen der letzten 25 Jahre beigetragen haben und ermahnte die Jugend, das Errungene zu erhalten und für weitere Ausbreitung des Verbandes Sorge zu tragen, damit der gesunde Baum auch weiter Früchte trägt.

Gesang, sowie ernste und heitere musikalische Vorträge unter der vorzüglichen Mitwirkung der Deutscher Vortragskünstlerin Frauclen Bander-S-Essen hielt die Teilnehmer noch lange in gemüthlicher Stimmung beisammen.

Sozialpolitik

Eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung ist in Vorbereitung. Der für die Erwerbslosenfürsorge eingesetzte Beirat, der aus Vertretern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen besteht, wurde in mehrwöchiger Verhandlung darüber angehört. Die vom Ministerium bisher noch vertraulich behandelte Sache wurden von den Arbeitnehmervertretern als zu niedrig bezeichnet, ebenso wurde dagegen Widerspruch erhoben, daß die Erhöhung erst am 15. Dezember in Kraft treten sollte. Ueber die Höhe der Sätze wird noch zwischen den einzelnen Ressorts, evtl. auch mit den Landesregierungen verhandelt werden, dagegen haben die Vertreter der Regierung sich bereit erklärt, die Erhöhung bereits am 1. Dezember in Kraft treten zu lassen.

Soffentlich ziehen sich die Verhandlungen mit den Ländern nicht so skandalös in die Länge, wie wir es in diesem Jahr schon einmal erlebt haben. Nachdem die Beamtenghälter erhöht worden sind, darf die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung keinen Tag länger verzögert werden.

Erneute Aenderung der Kriegszinsen. Von der Hauptstelle des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbekämpfter und Kriegshinterbliebener, Berlin NO 18, wird uns mitgeteilt:

Die Neuregelung der Beamtensoldatengeld hat auch eine Veränderung der Versorgungsgebühren der Kriegszinsrentner im Gefolge. Demgemäß werden alle Kriegszinsrentner mit Wirkung vom 16. November d. J. um 15 Prozent erhöht. Die neuen Renten gelangen spätestens am 29. Dezember d. J. zur Auszahlung. Die Nachzahlung wird dann mit der fälligen Januarrente verbunden. An diesem Tage werden also ausgezahlt:

1. die Grundrente nach dem Stande vom 1. August dieses Jahres,
2. für Januar eine Erhöhung von 15 Prozent,
3. eine Nachzahlung für Dezember von 11 Prozent,
4. eine Nachzahlung für November von 6 Prozent.

Die Erhöhung der Zusatzrente wird bereits bei der Mitte Dezember d. J. fälligen Rentezahlung Berücksichtigung finden.

Don den Arbeitsstellen

Schwerer Banunfall — ein Kollege tot, einer schwer verletzt

Braunschweig. Bei den Arbeiten an der Dedentonstruktur im Neubau der Eisenbahn-Hauptwerkstatt am Rammhenteich stürzten am Donnerstag, den 27. November, vormittags, die Maurer Ferdinand Spieß aus Ruhmspringe und Otto Hoke aus Jühenbach aus 22 Meter Höhe ab. Mit schweren inneren Verletzungen wurden sie nach dem Notruf ins Krankenhaus gebracht. Dort ist Kollege Hoke kurz nach der Einlieferung verstorben. Kollege Spieß hatte am Freitagabend das Bewußtsein noch nicht wiedererlangt.

Am schwersten getroffen ist die Familie Hoke. Fern der Heimat fand unser Kollege diesen gräßlichen Tod. Er ist nach seiner Heimat überführt und dort am 30. November zur letzten Ruhe bestattet worden. Eine Witwe und vier Kinder — das fünfte Kind wird täglich erwartet — teilen sich in die Trauer um den so jäh ums Leben gekommenen Gatten und Vater.

Den Kollegen Spieß hoffen die Ärzte am Leben zu erhalten. Es ist bei ihm eine Gehirnerschütterung und ein Oberschenkelbruch festgestellt.

Bemerkenswert möchte ich, daß die verunglückten Kollegen keine Schuld trifft. Sie waren beim Betonieren der Dachschräge und folgten den Einsehern. Unter der Schallung hatte sich ein Kantholz durch das Stampfen herausgehoben, denn es war nur oben mit Bindendraht befestigt und unten, wo es auf der Eisenkonstruktion lagert, nicht gebunden. Es wäre noch manches andere zu bemerken, doch wollen wir damit zurückhalten und das Ergebnis der amtlichen Untersuchung abwarten.

Wie steht es mit den Delegierten auf der Arbeitsstelle? Nur ein Hilfsarbeiter soll die Verantwortung tragen, und dann wird sich nicht immer hinter ihn gestellt. Wir erwarten, daß hier umgehend Wandel geschaffen wird.

In unserer tags vor dem Unglück stattgefundenen Generalversammlung wurde den Kollegen noch ans Herz gelegt, bei Unglücksfällen sofort die Organisation durch die Telefonnummer 2854 zu benachrichtigen. Das ist nicht geschehen. Die Kollegen Zumbrodt und Kohrausch waren beide am traglichen Tage in Braunschweig zum Schlichtungsausschuß. Als letzterer um 8 Uhr abfahren wollte, bekam er Mitteilung davon und konnte erst am Freitag alles untersuchen und die Ueberführung der Leiche unter schwierigen Verhältnissen regeln.

Kollegen, gebraucht bei eurer Arbeit stets die größte Vorsicht! Bei Einschaltungsarbeiten, zumal in der kalten und nassen Jahreszeit, ist doppelte Vorsicht geboten. Ueberzeugt euch stets, ob alles in bester Ordnung ist, achtet auf jedes Stück Holz! Wenn Unternehmer, Polizei und Arbeiter gleichermaßen auf die Innehaltung der Unfallverhütungsvorschriften und der tariflichen Abmachungen achten, dann kann manches Unglück verhütet werden.

Bücherchau

Das Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1925 wird in kurzer Zeit erscheinen. Ueber die Vorzüge unseres Jahrbuches brauchen wir nichts Näheres mehr zu sagen, denn dafür ist es zu sehr bekannt und beliebt geworden. Nur darauf hinweisen wollen wir noch, daß wir auch diesmal wieder, wie es die Mehrzahl der Kollegen gewünscht hat, neben dem Kalender und den Statistiken genügend Raum für Notizen gelassen haben, so daß die Anschaffung eines besonderen Notizbuches nicht notwendig ist. Da in einigen Tagen die Höhe der Auflage bestimmt werden muß, bitten wir die Kollegen um sofortige Bestellung.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß nicht mehr Jahrbücher angefertigt werden, als bestellt worden sind. Wer also ein Jahrbuch bestimmen haben will, bestelle sofort. Preis 60 Pf., ab 10 Stück 50 Pf.

Christlicher Gewerkschaftsverlag, Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 25.

Bekanntmachungen

Hann.-Münden

Alle nach hier zureisenden Kollegen werden gebeten, sich nach ihrem Eintreffen sofort bei dem Kollegen Jos. Ebershausen, Hann.-Münden, Bagelesang-Siedlung 2, zu melden.

Verwaltungsstelle Ruhlfkirchen

Unsere Generalversammlung findet am zweiten Weihnachtstage in Ruhlfkirchen, nachmittags 3 1/2 Uhr, im Lokale Selzer statt. Die Kollegen wollen vollzählig und pünktlich zur Stelle sein.

Der Vorstand: J. A.: Joh. Bonnard.

Winterzahlstelle Ohmes

Am 25. Dezember, nachmittags 2 1/4 Uhr, findet bei Gastwirt W. Wicker unsere diesjährige Generalversammlung statt. Tagesordnung: Beitragsfrage, Vorstandswahl und Verschiedenes. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Der Vorstand: J. A.: Joh. Bonnard.

Sterbetafel

Am 27. November starb unser treuer Kollege Otto Hoke aus Jühenbach im blühenden Alter von 37 Jahren infolge eines Baunfallendes. Verwaltungsstelle Braunschweig.

Am 28. November starb unser langjähriges Mitglied Christian Arnold aus Bottenhorn infolge Asthma im Alter von 50 Jahren. Verwaltungsstelle Siegen.

Ehre ihrem Andenken!

Spartkraft - schafft Wirtschaftsmacht!



Einzahlung bei der Deutschen Volksbank Essen, Postcheckkonto Nr. 16400.

Rautabaf billig! Nur an Bahnhallen.

Sonnwader, Grims und Driepel, Doms, Cramer, dünne, mittel, dicke Rollen und Sufeisenform; per Stück 12 Pf., Cramer 16 Pf., bei einem Mindestquantum von 250 Stk. Verpackung und Porto frei, ab Stammhaus per Nachnahme zugängig Nachnahmeporto. J. Erumpeter, Zeilmaße.